

Antrag 19/I/2021

SPD-UB Osnabrück Stadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Außenpolitik

1 Im Rahmen der programmatischen Neuorientierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist fol-
2 gende Grundausrichtung bei der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms zu beachten:

3 Die SPD wird darauf hinwirken, dass sich die Bundesrepublik ohne ein ausdrückliches Mandat der Vereinten
4 Nationen (UN) an keinen kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Sie wird darauf hinwirken, dass
5 sich die Bundesrepublik an keinen Maßnahmen beteiligt, die auf einen "Regime Change" hinwirken. Die
6 SPD verpflichtet sich dem Grundsatz "keine Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten". Es
7 gilt der Vorrang der diplomatischen Kommunikation und, falls dies dringend erforderlich ist, die Verhän-
8 gung von Sanktionen, die allerdings vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geprägt sein müssen und nicht
9 zu unzumutbaren Belastungen der betroffenen Zivilbevölkerung führen dürfen.

10

11 Begründung

12 Die weltpolitische Lage ist weiterhin geprägt durch eine Vielzahl von kriegerischen Auseinandersetzungen.
13 Erstmals seit dem Balkankrieg ist die Bundesrepublik Deutschland aktiv in diese militärischen Auseinan-
14 dersetzen eingebunden worden. Unter vorrangiger Mitwirkung der SPD ist Deutschland in einen völ-
15 kerrechtswidrigen Krieg verwickelt worden. Seit dieser Zeit nehmen die militärischen Auslandseinsätze in
16 einem außergewöhnlichen Maße zu. Zudem beteiligt sich die Bundeswehr an militärischen Drohgebärden
17 der NATO gegenüber Russland, obwohl im 2. Weltkrieg deutsche Soldaten riesiges Unheil und millionenf-
18 achen Tod über Russland und seine Bevölkerung gebracht haben. In der deutschen Bevölkerung überwiegt
19 ganz eindeutig angesichts der eskalierenden Situation das Interesse an friedlichen Beziehungen zu Russ-
20 land. Die Entwicklung demokratischer Strukturen, der Erweiterung und Festigung von Bürgerrechten und
21 solidarischer Gesellschaftsstrukturen muss Sache der jeweiligen Bevölkerung sein. Die Achtung anderer
22 Staaten und deren innerer Entwicklung muss die Leitlinie deutscher Außenpolitik sein und bleiben. Nur auf
23 der Grundlage eines entsprechenden UN-Mandates darf davon abgewichen werden.

24

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung